

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Themen für den Wirtschaftsgipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1975) : Themen für den Wirtschaftsgipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 11, pp. 540-541

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134876>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Themen für den Wirtschaftsgipfel

Wenn die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und Deutschlands in diesen Tagen in Schloß Rambouillet zu ihrem Wirtschafts- und Währungsgipfel zusammentreffen, dann wird es ihnen an Diskussionsstoff nicht fehlen. Die Weltkonjunktur, Handels- und Währungsfragen, Energie- und Rohstoffprobleme und die Beziehungen zu den Entwicklungsländern stehen auf dem Programm ihrer informellen Gespräche. Wird es ihnen gelingen, sich bei der Fülle der Aspekte auf wirklich relevante Fragen zu konzentrieren und ökonomisch tragfähige Lösungen zu erarbeiten?

Es steht zu befürchten, daß sie viel Zeit einem Thema widmen werden, das auf absehbare Zeit nun wirklich keine ökonomische Priorität besitzt: der Rückkehr zu den „festen aber anpassungsfähigen“ Wechselkursen unseligen Angedenkens. Trotz der unbestrittenen Vorzüge, die das inzwischen etablierte Mischsystem – weltweites Floating in Verbindung mit festen Kursen innerhalb bestimmter Währungszonen (z. B. Euroschlange, Franc-Zone) – unter schwierigsten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewiesen hat, sehnen sich anscheinend mehr und mehr Politiker nach fixierten, d. h. staatlich reglementierten, Wechselkursen zurück. Daher die – vor allem von Frankreich artikulierten – Widerstände gegen die längst überfällige Legalisierung floatender Kurse in den IWF-Statuten. Daher aber auch das immer lautstärker geäußerte Verlangen nach Wiederherstellung fester Kursrelationen zwischen Euroschlange und US-Dollar.

Bei Frankreich, das sich nach Rückkehr in die Schlange sofort zu ihrem Wortführer aufgeschwungen hat, ist dieses Verlangen erklärlich, wenn auch nicht verständlich. Weniger begreiflich ist der Flirt mit festen Wechselkursen bei der Bundesrepublik. Hier wußte die Bundesbank die neugewonnene geldpolitische Autonomie eindrucksvoll zu nutzen. Der zur Verteidigung der DM-Parität errichtete Wall von Devisenbeschränkungen konnte wieder abgetragen werden. Die Wirtschaft hat sich dem veränderten Wechselkurspolitischen Datenkranz flexibel angepaßt und versteht es, mit dem Floating – gelegentlich sogar in Freundschaft – zu leben. Die D-Mark gilt zwar nach wie vor als „stark“, sie hat aber das Odium einer permanent aufwertungsverdächtigen Währung verloren und setzt sich neben dem Dollar zunehmend als Handelswährung weltweit durch. Was also verspricht man sich von einer neuerlichen Kursfixierung gegenüber dem Dollar? Eine Stabilisierung auf künstlich erniedrigtem Kursniveau zur Sicherung der Arbeitsplätze? Abgesehen davon, daß die USA dabei nicht mitspielen dürften, sollten auch die jüngsten Fehlschläge marktwidriger Interventionen in der Schweiz (Devisenmarkt) und der Bundesrepublik (Rentenmarkt) allzu hochgespannte Erwartungen dämpfen. So bleibt die politische Rücksichtnahme auf Frankreich als mögliches Motiv deutscher Politik. Wo diese Rücksichtnahme allerdings ökonomisch fragwürdige Ergebnisse produziert, sollte man sich lieber zu seiner eigenen besseren Einsicht bekennen.

Daß eine Rückkehr zu festen Kursrelationen ökonomisch verfrüht ist und damit eher geeignet, die Labilität des internationalen Wirtschaftssystems zu vergrößern, als sie zu dämpfen, das zeigt bereits ein flüchtiger Rundblick in der Weltwirtschaft. Inflationsraten in einer Spannweite zwischen 6 und 26 Prozent, die Fortdauer des globalen Leistungsbilanzdefizits der Ölverbraucherländer in Höhe von 35 Mrd. Dol-

lar 1976, wachsende Strukturprobleme in allen Industriestaaten bei unterschiedlicher Strukturflexibilität, unterschiedliche Positionen der einzelnen Länder als Abnehmer bzw. Lieferanten von Rohstoffen (einschließlich Nahrungsmitteln) lassen für die kommenden Jahre selbst beim Ausbleiben weiterer Schocks einen erheblichen Anpassungsbedarf erwarten, der am besten innerhalb eines elastischen Wechselkurssystems realisiert werden kann.

Auch die wachsende Welle des Protektionismus demonstriert, daß wir von stabilen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – Voraussetzung fester Kursrelationen – noch sehr weit entfernt sind. In den USA ist es das erst in diesem Jahr in Kraft getretene neue Handelsgesetz, das Unternehmen, die sich dem scharfen Wind des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt sehen, geradezu ermuntert, Antidumpingverfahren gegen die lästige Konkurrenz aus dem Ausland anzustrengen. Die laufenden oder vom US-Treasury abgewiesenen Beschwerden, die unter anderem Stahl, Kraftfahrzeuge, Käse, Dosenschinken, Glas und Schuhe zum Gegenstand haben bzw. hatten, geben nur einen kleinen Vorgeschmack auf das, was noch kommen kann. Die EG-Kommission hat die USA deswegen scharf kritisiert. Andererseits ist es ein EG-Land, Großbritannien, dessen Regierung mit dem Gedanken kokettiert, für Kraftfahrzeuge, Stahl, Textilien und Schuhe Importquoten zu verhängen. Überdies sieht sich Brüssel wachsendem Druck der europäischen Stahlindustrie zum Schutz des EG-Marktes vor Importen ausgesetzt. Es wird zu den Aufgaben der Regierungschefs gehören, im offenen Dialog die Weichen so zu stellen, daß eine Eskalation von Handelsbeschränkungen vermieden wird. Das erfordert von Fall zu Fall, d. h. dort, wo staatliche Subventionen den Wettbewerb erheblich verzerren, daß auch die Ausfuhrländer Zugeständnisse machen.

Auf finanziellem Gebiet hängt der drohende Bankrott New Yorks als ein Damoklesschwert über der Weltwirtschaft. Was Präsident Fords potentielle Wähler in Idaho und Alabama im Augenblick noch als gerechte Strafe für unamerikanisches Gebaren ungeduldig herbeisehnen mögen, das könnte, läßt man den Dingen ihren Lauf, das amerikanische und internationale Finanzsystem dem Kollaps nahebringen. Für die amerikanische Volkswirtschaft reichen die düsteren Szenarios von einem „bloßen“ Abwürgen des Konjunkturaufschwungs bis hin zu einer Wiederholung des Banken- und Börsenkrachs von 1929. Tatsache ist, daß neben New York auch eine ganze Reihe anderer Großstädte und Bundesstaaten von der Hand in den Mund leben, kurzfristige Schulden (und Zinsen) mit immer neuen, ebenfalls kurzfristigen Schulden abdeckend. Tatsache ist auch, daß gerade die kurzfristigen Papiere zu einem erheblichen Teil von Banken gehalten werden, die ohnehin schon vollgepumpt sind mit zweifelhaften Immobilienkrediten. Geht man von der realistischen Annahme aus, daß die amerikanischen Währungsbehörden größere Bankenzusammenbrüche durch massive Stützungskredite auffangen oder doch kanalisieren werden – der Fall der Franklin National Bank ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel –, so könnte das größere Risikobewußtsein der Bankenvorstände dennoch die für den Wirtschaftsaufschwung unerläßliche Bereitschaft zum Eingehen neuer Kreditengagements in der Wirtschaft beeinträchtigen. Vorsicht, und nicht mehr Wachstum, ist heute Trumpf im amerikanischen Bankgeschäft.

In internationaler Sicht stellt sich die Situation noch problematischer dar. Vor allem fehlt hier ein „Lender of Last Resort“, während die Risikosituation der Eurobanken keineswegs günstiger ist. So dürfte der Zusammenbruch New Yorks das Augenmerk einmal auf die „faulen“ Kredite – Stichworte: Tankerfinanzierung, Entwicklungsländerfinanzierung –, zum anderen auf die unveränderte Abhängigkeit der Institute von den kurzfristigen Einlagen der Ölstaaten lenken. Die Regierungschefs werden sich daher hoffentlich mit der Frage befassen, wie sie einer möglichen Vertrauenskrise an den internationalen Finanzmärkten notfalls begegnen wollen. Die überzeugende Demonstration, daß man für den Fall des Falles über ein haltbares Sicherheitsnetz verfügt, kann dabei schon ausreichen, um die gefürchteten Panikreaktionen zu verhindern. Freilich, haltbar sollte es wirklich sein.

Von internationalen Mammutkonferenzen ist in der Regel nicht viel, oder jedenfalls nichts Gutes, zu erwarten. Von einem Wirtschaftsgipfel der bedeutendsten Industrieländer kann man verlangen, daß dort vorwärtsgerichtete Strategien zur Bewältigung der drängenden internationalen Herausforderungen beschlossen werden. Man darf gespannt sein, ob dieser Gipfel mehr bringt als eine Symptomkur.